Stand: 18.05.2024 19:08:59

Initiativen auf der Tagesordnung der 8. Sitzung des LA

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/771 vom 20.03.2024
2. Initiativdrucksache 19/764 vom 20.03.2024
3. Initiativdrucksache 19/1134 vom 27.03.2024
4. Initiativdrucksache 19/1507 vom 08.04.2024
5. Initiativdrucksache 19/1786 vom 16.04.2024
6. Initiativdrucksache 19/1508 vom 08.04.2024
7. Initiativdrucksache 19/1509 vom 08.04.2024
8. Initiativdrucksache 19/1573 vom 11.04.2024
9. Initiativdrucksache 19/1579 vom 11.04.2024
10. Initiativdrucksache 19/1576 vom 11.04.2024

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 20.03.2024 **Drucksache 19/771**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Bamberger Schlachthof erhalten – zur Erhaltung der regionalen Schlachthöfe – zur Sicherung der regionalen Lebensmittelversorgung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für den Erhalt des Bamberger Schlachthofs und der weiteren bayerischen Schlachthöfe einzusetzen und entsprechende Förderungen zum Erhalt der regionalen Lebensmittelversorgung aufzusetzen.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, der Stadt Bamberg und dem Landtag einen möglichen staatlichen Maßnahmenkatalog zum Erhalt des Schlachthofs vorzulegen und über den Ist-Stand zu berichten.

Insbesondere soll im Bericht auf folgende Punkte eingegangen werden:

– Welche Maßnahmen hat das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus unter Staatsministerin Michaela Kaniber bisher unternommen, um den Schlachthof in Bamberg zu erhalten?
– Welche Maßnahmen hat das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie unter Staatsminister Hubert Aiwanger bisher unternommen, um den Schlachthof in Bamberg zu erhalten?
– Wie wird der Schlachthof Bamberg für den Ballungsraum Bamberg beurteilt?
– Wie würde sich der Erhalt, aber auch eine Schließung des Schlachthofs Bamberg auf die Transportwege für Schlachttiere, Tierhalter, Metzger, Direktvermarkter und die Betriebe im vor- und nachgelagerten Bereich auswirken?
– Welche Maßnahmen kann die Staatsregierung unternehmen, um die gestiegenen Energiekosten zu senken?
– Wie schätzt die Staatsregierung die Bedeutung des Schlachthofs Bamberg als weiteres Rückgrat der regionalen Lebensmittelversorgung für die Daseinsvorsorge im Ballungsraum Bamberg ein?
– Wie soll sich die regionale Lebensmittelversorgung im Ballungsraum Bamberg bei einer Schließung des Schlachthofes Bamberg verbessern?

Begründung:

Der Bamberger Stadtrat beschließt heute, am 20. März 2024 in seiner Vollversammlung über die Schließung oder den Erhalt des Bamberger Schlachthofs. Stadträte sehen eine Mehrheit für ein Aus des Bamberger Schlachthofs.

In den vergangenen Wochen sind Bürger, Metzger, Landwirte der Region und selbst Beschäftigte auf die AfD-Fraktion zugekommen und haben die dramatische Situation

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

eindrucksvoll schildern können. Alle haben uns eindringlich aufgefordert uns für den Erhalt des Schlachthofs einzusetzen.

Der Schlachthof hat rund 160 direkt Beschäftigte. Für Betroffene schilderten uns, dass selbst Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger versprochen hatte, einen „Runden Tisch“ mit allen Verantwortlichen[1] einzuberufen und Fördermittel zu überprüfen, da der Schlachthof für 5 000 Bauern im Umkreis wichtig sei.[2]

Würde der Schlachthof Bamberg geschlossen werden, dann wären die Wege für Tiertransporte immer länger. Diese Entwicklung führt nicht nur zu weniger Regionalität, sondern ist vor allem mit viel Leid für die Tiere verbunden und muss beendet werden. Gerade im Sommer bei hohen Temperaturen sind die Transporte eine regelrechte Quälerei für die Schlachttiere. Dies stünde auch dem in der Bayerischen Verfassung verankerten Tierschutzgedanken entgegenstehen.

Der Schlachthof Bamberg ist der Garant für eine sichere Versorgung der ganzen Region mit regionalen Lebensmitteln und ein wichtiger Partner für die Landwirtschaft.

---

1 https://www.digitalmagazin.de/marken/blw/hauptheft/2023-7/franken/022_Sche%C3%9Flitzer%20Bauerntag

2 https://www.fraenkischertag.de/lokales/bamberg/politik/bayerns-wirtschaftsminister-hubert-aiwanger-bekraeftigt-zusage-fuer-bamberger-schlachthof-art-307444

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 20.03.2024 **Drucksache 19/764**

Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Höhere landwirtschaftliche Erträge mit Klima- und Artenschutz vereinen: Praxistauglichkeit innovativer Düngeverfahren mit Basaltstaub in Bayern erforschen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Federführung der Landesanstalt für Landwirtschaft ein Forschungsprojekt zur Anwendbarkeit von Basaltstaub als Düngemittel in der bayerischen Landwirtschaft zu initiieren und dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus jährlich über die jeweiligen Fortschritte schriftlich zu berichten.

Begründung:

Jüngste agrarwissenschaftliche Erkenntnisse aus den USA deuten auf ein großes ökonomisches und ökologisches Potenzial von Basaltstaub als Düngemittel in der Landwirtschaft hin. Ein vierjähriges Forschungsprojekt[1] hat bestätigt, dass die Ausbringung des Gesteinsstaubs auf Feldern die natürlichen Verwitterungsprozesse, bei denen die ausgebrachten Mineralien chemisch mit der Luft reagieren, beschleunigt und so die natürliche Bindung des Treibhausgases CO_2 erheblich fördert. Zudem hätten die ausgebrachten Mineralien laut den Forschern einer Versauerung des Bodens entgegengewirkt und die Landwirte konnten gleichzeitig auf den Versuchsflächen eine 12 Prozent höhere Mais- bzw. 16 Prozent höhere Sojaernte erzielen. Demnach könnten Landwirte bei konstantem Ertrag durch die Ausbringung von Basaltstaub andere Düngemittel einsparen, wodurch Boden und Biodiversität geschont würden. Die neuen Erkenntnisse zeigen jedoch auch, dass die positive Wirkung von Basaltstaub hinsichtlich Klimaschutz und Ertragssteigerung durch die klimatischen Bedingungen und die angebaute Pflanzenart beeinflusst wird. So ergaben sich beispielsweise im subtropischen Kalifornien niedrigere Ertragssteigerungen als im gemäßigt-kontinentalen Illinois. Der Freistaat hat mit seinen klimatischen Bedingungen also gute Chancen auf eine hohe positive Wirkung von Basaltstaub. Ein neues Forschungsprojekt soll mehr Aufschluss über die konkrete Anwendbarkeit beim heimischen Pflanzenanbau in den unterschiedlichen Regionen Bayerns bringen.

---

1 Beerling D., Epihov D., Kantola I. und Banwart S. (2024), *Enhanced weathering in the US Corn Belt delivers carbon removal with agronomic benefits* , PNAS, 121(9), https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2319436121

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 27.03.2024 Drucksache 19/1134

Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Den ländlichen Raum stärken – neue LEADER-Förderperiode praxistauglich überarbeiten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die LEADER-Förderung (LEADER = Förderprogramm der Europäischen Union zur Entwicklung des ländlichen Raumes) eine Erfolgsgeschichte für die ökonomische Entwicklung des ländlichen Raums in Bayern darstellt.

Um diesen Erfolg fortführen zu können, wird die Staatsregierung aufgefordert, die neue Förderphase 2023 bis 2027 praxistauglich zu überarbeiten und hierbei die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

– Anfängliche Verzögerungen beim digitalen Antragsverfahren sind schnellstmöglich zu beheben und die Antragstellung soll notfalls noch einmal in analoger Form möglich sein. In dem Zusammenhang soll den Bewilligungsbehörden auch die Möglichkeit eröffnet werden, einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn auszustellen, um das Anlaufen einzelner LEADER-Projekte sowie eine vollständige Mittelabrufung nicht zu gefährden.

– Eine praxistaugliche und datenschutzkonforme Überarbeitung der Prüfungs- und Dokumentationsverfahren beim Formular Interessenkonflikt von Entscheidungsgremiumsmitgliedern ist zu prüfen.

– Eine Wiederbelebung des „bottom-up-Prinzips“ bei der kooperativen Einbindung des „LAG-Sprecherteams“ (LAG = Lokale Aktionsgruppen) durch das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus ist anzustreben.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus zu berichten, wie sichergestellt werden kann, dass der Mittelabruf so ausgestaltet werden kann, dass einzelne Projektträger bei der Vorfinanzierung nicht überlastet und so deren Projekte nicht gefährdet werden.

Begründung:

Berichten von Kommunalpolitikern zufolge sind schon während der Anlaufphase der neuen LEADER-Förderperiode 2023 bis 2027 mehrere Schwierigkeiten für die LAG bzw. Projektträger in Bayern aufgetreten, die dem eigentlichen Sinn dieser Projekte, nämlich der Stärkung des ländlichen Raums, zuwiderlaufen könnten. So startete die Antragsstellung um mehrere Monate verzögert und die letztliche Bearbeitung könnte sich im schlechtesten Fall um mehr als ein halbes Jahr verzögern. Ferner scheinen neue Verfahrensweisen beim Formular Interessenkonflikt von Entscheidungsgremi-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

umsmitgliedern datenschutzrechtlich fragwürdig und die Regeln zur Abrufung von Mitteln wurden von der jährlichen Möglichkeit auf zwei Mal pro Förderphase begrenzt. Schließlich zeige das LEADER-Referat im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus deutlich weniger Kooperationsfreudigkeit mit den von den LAGs gewählten „Sprecherteams“ als noch in der vergangenen Förderperiode.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 08.04.2024 **Drucksache** 19/**1507**

Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Bayerns Fischerei im Klimastress? – Risiken frühzeitig erkennen und Lösungsstrategien entwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus führt ein Fachgespräch über die aktuelle Lage und Perspektiven der bayerischen Fischerei im Klimawandel durch.

Begründung:

Die Folgen des menschengemachten Klimawandels setzen Bayerns aquatischen Ökosystemen zu. Flüsse und Seen erwärmen sich und bringen so den für Fischarten überlebenswichtigen Nähr- und Sauerstoffgehalt der Gewässer durcheinander. Wenn sich die Fischbestände stark reduzieren, leidet darunter nicht zuletzt auch die bayerische Fischerei.

Der IPCC-Weltklimabericht (IPCC = Intergovernmental Panel on Climate) von 2022 hat darauf hingewiesen, dass sich das Oberflächenwasser von Seen seit Anfang der 1980er Jahre alle zehn Jahre durchschnittlich um 0,3 Grad Celsius erwärmt. Laut Biologen leiden Fische als wechselwarme Tiere darunter besonders stark, da sich ihr Stoffwechsel bei wärmeren Temperaturen signifikant erhöht und sodann mehr Sauerstoff benötigt. Folglich drohen die Fischbestände in den bayerischen Seen weiter abzunehmen. Laut einem Bericht des BR24 vom 11.03.2024 wurden beispielsweise im Chiemsee im Jahr 2023 nur 74 Tonnen Fisch gefangen – 16 Tonnen weniger als im Vorjahr.

Laut dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus gab es in Bayern im Herbst 2023 rund 10 000 Fischereibetriebe; davon 200 im Haupterwerb, die als Familienbetriebe, oft über mehrere Generationen hinweg, nicht nur die Bevölkerung mit heimischem Fisch versorgen, sondern z. B. auch mittels Teichwirtschaft zur Förderung der Biodiversität im Freistaat beitragen. Da der Klimawandel ihre wirtschaftliche Existenz bedroht, ist es dringend notwendig, die aktuellen Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die bayerischen Gewässer und die Zukunftsaussichten der bayerischen Fischerei aufzuzeigen. Nur so können gemeinsam mit den Fischerei-Verbänden Risiken frühzeitig erkannt und wirksame Lösungsstrategien entwickelt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 16.04.2024 **Drucksache** 19/**1786**

Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Teichwirtschaft erhalten, Prädatorenmanagement anpassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass zum Erhalt der Teichwirtschaft in Bayern folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

– Intensivierung der Vergrämung von fischgefährdenden Prädatoren
– Verbringung von fischgefährdenden Prädatoren, um lokale Konzentrationen in der Nähe von Teichwirtschaften zu vermeiden
– verstärkter Einsatz für die Aufhebung des besonderen Schutzstatus von fischgefährdenden Prädatoren mit positivem Erhaltungszustand im Bundesrat und auf EU-Ebene

Begründung:

In Bayern bewirtschaften rund 8 000 hauptsächlich im Nebenerwerb geführte Familienbetriebe mehr als 30 000 Teiche. Sie schützen dadurch ein über Generationen erhaltenes, immaterielles UNESCO-Kulturerbe. Dabei werden jedes Jahr etwa 6 000 t Karpfen und viele andere Fischarten als reine Naturprodukte produziert. Dank dieser ökologischen Bewirtschaftung und ihrer Naturnähe sind die Teiche bedeutende Biotope und bieten vielen gefährdeten Tier- und Pflanzenarten einen wichtigen Lebensraum. Dieser Lebensraum ist jedoch durch das Überhandnehmen zahlreicher Prädatoren gefährdet, welche die sensible ökologische Balance zunehmend außer Kraft gesetzt haben. Um diesen Missstand zu beheben und die Existenz der Teichwirtschaft zu sichern, sind nun entschiedene politische Maßnahmen von Nöten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 08.04.2024 **Drucksache** 19/**1508**

Antrag

der Abgeordneten **Oskar Lipp, Ralf Stadler, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Landwirtschaftliche Produktionsbedingungen im Blick behalten: Datenbank zu Freiflächenphotovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen erstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Standort, Anzahl und Standortbedingungen (landwirtschaftliche Bodenkennzahlen) von Freiflächenphotovoltaikanlagen (Freiflächen-PV-Anlagen) auf landwirtschaftlichen Flächen in Bayern zu ermitteln und hierzu eine Datenbank zu erstellen.

Begründung:

Angesichts schwerer Zwischenfälle in den USA, wo kürzlich eine große Freiflächen-PV-Anlage durch einen Hagelsturm weitestgehend zerstört wurde, liegt es nun an der Staatsregierung und den zuständigen Behörden, diesem wichtigen Thema die angemessene Beachtung zu schenken und unverzüglich Maßnahmen zur Sammlung der notwendigen Daten und Erkenntnisse einzuleiten.

Ein solches Vorgehen ist nicht nur zur Vermeidung von Beschädigungen essenziell, sondern auch, um weitreichende negative Einflüsse auf die Umwelt und Lebensmittelproduktion zu verhindern. Denn groß angelegte Freiflächen-PV-Anlagen bergen bei Beschädigungen durch Witterungseinflüsse das Risiko, dass Gefahrenstoffe in die Umwelt geraten und auch die Ernten in den jeweiligen Regionen belasten.

Ferner ist sicherzustellen, dass wertvolle Flächen für die Lebensmittelproduktion allgemein nicht vorrangig für die Energiegewinnung genutzt werden, da ansonsten die deutsche Importabhängigkeit von Lebensmitteln in Zeiten zunehmender globaler Krisen weiter verstärkt werden würde. Auch hierbei kann der Aufbau einer Datenbank helfen, um politische Entscheidungsgrundlagen zur Vermeidung solcher Szenarien zu schaffen. Ein gut fundiertes Vorgehen im Bereich der Freiflächen-PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen ist unabdingbar, um einen umweltschonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen zu gewährleisten und gleichzeitig den Einsatz erneuerbarer Energiequellen an den dafür geeignetsten Standorten zu fördern.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 08.04.2024 **Drucksache** 19/**1509**

Antrag

der Abgeordneten **Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Biogasanlagen als drittes Standbein für die bayerische Landwirtschaft erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass bayerische Landwirte weiterhin in voller Höhe von Biogasförderungen profitieren. Diese sind nach Auslaufen des 20-jährigen Förderzeitraumes vollumfänglich in das Anschlussförderprogramm des Bundes zu integrieren.

Begründung:

Derzeit zählt die Biogas-Betreiber-Datenbank in Bayern 2 737 Biogasanlagen mit einer installierten elektrischen Nennleistung von 1 473 Megawatt. Viele dieser Anlagen befinden sich in der Hand landwirtschaftlicher Betriebe, die die Biogasproduktion als wichtiges drittes Standbein neben Feldbau und Tierproduktion etabliert haben. Vor allem im Sinne des Erhalts der Wertschöpfungsketten im ländlichen Raum sind diese Biogasanlagen besonders schützenswert.

Der Fachverband Biogas äußert derzeit berechtigte Bedenken, da zahlreiche Biogasanlagen am Ende ihrer 20-jährigen höheren Einspeisevergütung angelangt sind und somit die Förderung auf derzeitigem Niveau zu entfallen droht. Der Bund hat zwar ein Anschlussförderprogramm eingerichtet, doch das ist stark limitiert und nicht alle Betreiber erhalten Unterstützung.

Zahlreiche Biogasanlagenbetreiber in Bayern verweisen darauf, dass die Spotmarktpreise deutlich unter der bisherigen garantierten Einspeisevergütung liegen. Der Übergang von subventionierten zu marktüblichen Tarifen stellt somit eine existenzielle Bedrohung dar. Die Branche drängt auf Erweiterung des staatlichen Förderprogramms, da aktuell viele Anlagen keine Anschlussförderung erhalten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 11.04.2024 **Drucksache** 19/**1573**

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Paul Knoblach, Benjamin Adjei, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zum bayerischen Agrardatenraum

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus über das Projekt Bayerischer Agrardatenraum zu berichten, dessen Realisierung und Kosten sowie über die Datensicherheit und Datensouveränität dieser Agrardatenplattform.

Begründung:

Im Zukunftsvertrag zwischen dem Bayerischen Bauernverband und der Staatsregierung wird die Realisierung des Bayerischen Agrardatenraums als ein wesentliches Instrument genannt, um landwirtschaftliche Betriebe bei der Erfüllung von bürokratischen Dokumentationspflichten zu entlasten. Laut Zukunftsvertrag unterstützt die Staatsregierung dies mit einer Anschubfinanzierung von bis zu 5 Mio. Euro zur Einführung der Agrardatenplattform ab 2024.

2023 wurde unter Leitung von Prof. Barton im Modul „Qualitätsmanagement & Verbraucherschutz“ im 6. Semester des Bachelor-Studiengangs „Wirtschaftsingenieurwesen, Agrarmarketing & Management“ an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf (HWST) eine Praxisarbeit der Studierenden in Form einer Studie zur Direktvermarktung und zum Bürokratieabbau in der bayerischen Landwirtschaft durchgeführt. Auch die Machbarkeitsstudie zum Agrardatenraum Bayern wurde an der HWST erstellt, auf deren Grundlage der bayerische Agrardatenraum weiterentwickelt werden soll.

Zu unserem Antrag „Digitalisierung der Landwirtschaft – Datensicherheit, Datensouveränität, Datenkompetenz und Datenschutz gewährleisten“ vom 02.07.2021 (Drs. 18/16933) bestätigte der Abgeordnete Martin Schöffel (CSU-Fraktion), Datensicherheit und Datensouveränität sei auch das oberste Ziel des Projektes Bayerischer Agrardatenraum und stellte zu gegebener Zeit einen Projektbericht in Aussicht.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 11.04.2024 **Drucksache** 19/**1579**

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Paul Knoblach, Benjamin Adjei, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zur FAL-BY-App

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus über die Entwicklung FAL-BY-App, deren Anwendung und Akzeptanz in der Landwirtschaft zu berichten.

Dabei soll eingegangen werden auf

– die Frage, ob,in welcher Form und in welchem Umfang das IT-Dienstleistungszentrum des Freistaates Bayern (IT.DLZ) im Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung für die Entwicklung der FAL-BY-App verantwortlich ist bzw. in welchem Umfang externe Dienstleister zur Entwicklung der FAL-BY-App beauftragt wurden,
– die Form der jeweiligen Beteiligung von Praktikern und Praktikerinnen aus der Landwirtschaft bei der Entwicklung der FAL-BY-App,
– Erhebung eines Feedbacks unter den Endnutzerinnen und Endnutzern, den Landwirtinnen und Landwirten, bezüglich Bedienbarkeit, Praxistauglichkeit und Arbeitserleichterung,
– geplante oder bereits angegangene Verbesserungen der App.

Begründung:

Das bisherige System zur Online-Antragstellung und Kommunikation (iBALIS), das landwirtschaftliche Betriebe zur Kommunikation mit ihrem zuständigen Landwirtschaftsamt nutzen können, wurde um eine App-Anwendung erweitert. Seit Anfang Februar können in Bayern Bäuerinnen und Bauern über die Anwendung „FAL-BY-App“ (Foto-App für landwirtschaftliche Förderung in Bayern) mit den Landwirtschaftsämtern kommunizieren. Wiederholt berichten Landwirtinnen und Landwirte und Fachmedien über große Schwierigkeiten beim Einsatz der FAL-BY-App, die eine zentrale Bedeutung bei der Beantragung landwirtschaftlicher Förderungen einnimmt. Mit den durch das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus zur Verfügung gestellten FAQs oder den Erklärvideos scheint die Problematik nicht behoben werden zu können. Zudem gibt es immer noch eine relevante Zahl von Landwirten und Landwirtinnen, die kein Smartphone benutzen oder besitzen.

Der Bericht soll Aufschluss darüber geben, welche Abläufe zu den Schwächen der FAL-BY-App führten und wie diese behoben werden. Digitale Lösungen sollen dazu dienen, die Arbeit in der Land- und Waldwirtschaft ernsthaft zu erleichtern. Dazu ist es wichtig, dafür zu sorgen, dass Apps wie die FAL-BY-App mit ihrer Einführung auf breite

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Akzeptanz stoßen und die Vorteile der Digitalisierung nicht durch fehlerhafte Praxistauglichkeit aufs Spiel gesetzt werden.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 11.04.2024 **Drucksache 19/1576**

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Weinbau in Bayern im Angesicht der Weinmarkt- und Klimakrise

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus über die Ursachen und Auswirkungen der Branchenkrise im Weinbau, der sog. Weinmarktkrise, auf den Weinbau in Bayern und die Umsetzung des „Bayerischen Programms zur Stärkung des Weinbaus“ zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Weinbaugebiete als Beitrag zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zu berichten.

Dabei soll eingegangen werden auf die

– aktuelle Weinmarktproblematik und die Gründe für den fallenden Weinkonsum,
– Situation der traubenerzeugenden Betriebe, der fassweinerzeugenden Betriebe und der Vermarktung von Flaschenweinen,
– Entwicklung der Produktion, Betriebsaufgaben und Anbauflächen bzw. Rodungsflächen,
– Möglichkeiten der Umwidmung von Weinbergsflächen und Erhalt der Pflanzrechte bei möglichen Stilllegungen,
– Entwicklung der Pachtpreise und der Produktionskosten,
– Marktentwicklung für Wein aus Bayern, regionaler Bioweine und Anbau von pilzwiderstandsfähigen Sorten (Piwis),
– Auswirkungen auf den Wein-Tourismus in Franken,
– Initiativen der Staatsregierung, damit möglichst viele Betriebe die Krise überstehen.

Zudem soll eingegangen werden auf die Auswirkungen der Branchenkrise auf die Umsetzung der Pilotprojekte zur Bewässerung von Rebflächen.

Begründung:

Weltweit wird Berichten zufolge weniger Wein getrunken als produziert. Laut Deutschem Weininstitut ging der Weinkonsum 2023 zum zweiten Mal in Folge zurück. Das Konsumverhalten verändert sich und auch beim Wein orientieren sich die Kundinnen und Kunden zunehmend am Preis.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Winzerinnen und Winzer sind mit steigenden Produktionskosten und sinkenden Erzeugerpreisen konfrontiert. Die Branche befindet sich im Verdrängungswettbewerb. Zusätzlich bedroht die Klimakrise den Weinbau und stellt die Betriebe vor existenzielle Herausforderungen.

All dies wirkt sich voraussichtlich erheblich auf den Weinbau in Bayern aus. Der Bericht soll die grundlegende Situation darlegen und aufzeigen, wie die bayerischen Winzerinnen und Winzer politisch unterstützt werden können, um die Weinbranche und den Weintourismus in Bayern erfolgreich zu erhalten.